

A. d) Berichte

01) Eine Warnung nicht nur für Heimatsammlungen: Junkie-Diebe aus Berlin Plünderten ein Heimat-Museum in Sachsen. Ein Teil der Beute im Wert von 30 000 Euro ist noch immer verschwunden

Junkie-Diebe aus Berlin plünderten ein Heimat- Museum in Sachsen

Ein Teil der Beute im Wert
von 30 000 Euro ist noch
immer verschwunden



Diese historischen
Gegenstände konnten
bei einem der Verdächtigen
sichergestellt werden

Von THOMAS
FISCHER

Berlin/ Dresden
- Sie stahlen historische Waffen, umfangreiche Münzsammlungen, wertvolle Stücke aus dem 17. Jahrhundert. Im Oktober stiegen Diebe in das Heimatmuseum Wilsdruff (Sachsen) ein. Jetzt wurden zwei latverdächtige Berliner (36, 40) festgenommen!

Daniel R. (36) und Sven M. (40) sollen zwischen dem 22. und 25. Oktober über die Feuertreppe gekommen, ein Fenster eingeschlagen haben und dann in das Museum eingestiegen sein. Die Diebe sollen wertvolle Ausstellungsstücke im Wert von 30 000 Euro eingesteckt haben. Beide Verdächtige sind noch B.Z.-Informationen einschlägig vorbestraft und kommen aus dem Drogenmilieu.

R. konnte am 18. März in Berlin, sein mutmaßlicher Komplize Sven M. am 15. April in Mecklenburg-Vorpommern festgenommen werden. „Der 36-jährige Beschuldigte verbüßt derzeit noch Straftat in anderer Sache“, so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Der Haftbefehl gegen den 40-Jährigen wurde unter strengen Auflagen vorerst ausgesetzt.

In der Wohnung von Daniel R. und bei zwei Kunst- und Antiquitätenhändlern in Berlin konnten viele der entwendeten Kunstgegenstände sichergestellt werden. Darunter ein Steinschlossgewehr mit Türballenbajonett französischer Bauart aus dem 18. Jahrhundert, eine Preussische Steinschlosspistole um 1732, eine Zurich-Truhe der Schuhmacher aus dem Jahr 1744, eine Schalschere aus dem Jahr 1925 und ein Bierkrug.

Doch einige Gegenstände wie die umfangreiche Münzsammlung sind weiterhin verschwunden. Die Ermittlungen dauern an.

Foto: BEIRATSWALTSCHAFT DRESDEN / POLIZEIDIREKTION BERLIN

02) AfD als führende Arbeiterpartei: Sahra Wagenknecht rechnet gnadenlos mit Linken ab

16. 04. 2021



Sahra Wagenknecht, Die Linke · Bildquelle: AnonymousNews

Frontalangriff von Sahra Wagenknecht! Deutschlands schönste Kommunistin hat von linken Dogmen offenbar die Nase voll und holt zum politischen Rundumschlag gegenüber der eigenen Partei aus.

Die Linken-Abgeordnete Sahra Wagenknecht hat ihre [Kritik am Linkoliberalismus](#) in Deutschland und der Identitätspolitik ihrer eigenen Partei erneuert. Linkoliberalismus sei weder links noch liberal, sagte Wagenknecht Focus Online.

„Er vertritt eher gutsituierte Großstadtakademiker als diejenigen, die um ihr bißchen Wohlstand immer härter kämpfen müssen, was eigentlich das Anliegen von Linken sein sollte. Und liberal? Wegen seiner ausgeprägten Intoleranz sollte man den modernen Linkoliberalismus eigentlich Linksilliberalismus nennen.“

Ein ähnliches Verhalten zeigten Linksliberale auch, wenn sie über Zuwanderung als große Bereicherung redeten, aber zugleich genau darauf achteten, „daß die eigenen Kinder eine Schule besuchen, in der sie mit anderen Kulturen nur im Literatur- oder Kunstunterricht Bekanntschaft machen“.

„Fridays for Future“ als Protest der oberen Mittelschicht

Wagenknecht erinnerte an Martin Luther Kings berühmtem Traum, in dem es darum gegangen sei, daß die Hautfarbe eines Menschen eines Tages keine Rolle mehr spiele. Im Linkoliberalismus dagegen drehe sich alles darum, ob jemand weiß oder schwarz, Mann

oder Frau, hetero oder homosexuell sei. „Davon wird abhängig gemacht, wer worüber reden und wer wem widersprechen darf. Das ist ein Angriff auf die Aufklärung und die Vernunft.“

Skeptisch äußerte sich die Linken-Politikerin auch zur „Fridays for Future“-Bewegung. Es sei zwar positiv, wenn sich junge Leute für ein gesellschaftliches Thema engagierten, dennoch müsse man auch zur Kenntnis nehmen, daß an den Kundgebungen und Klima-Protesten vor allem Jugendliche aus Akademikerhaushalten der oberen Mittelschicht teilgenommen hätten.

„Das hat die Bewegung geprägt: Wer in einem hippen Viertel in einer top-renovierten Altbauwohnung wohnt, mag die Verteuerung von Diesel und Heizöl für eine klimapolitische Großtat halten. Der weniger begünstigte Facharbeiter oder Handwerker in einer ländlichen Region, der jeden Tag auf sein Auto angewiesen ist und sein mäßig isoliertes Haus mit Öl heizt, sieht das aber eben anders. Und wer Menschen verachtet, die ihr Fleisch beim Discounter kaufen, gehört selten zu einer sozialen Schicht, bei der am Monatsende das Konto leer ist.“

Auch mit Kritik an der eigenen Partei hielt sich Wagenknecht nicht zurück. Die Wahlergebnisse zeigten, daß Sozialdemokraten und Linkspartei große Teile ihrer einstigen Wählerschaft verloren hätten. Laut Umfragen wünsche sich eine Mehrheit der Bevölkerung mehr sozialen Ausgleich.

AfD als führende Arbeiterpartei

„Statt diese Mehrheiten mit einem für sie attraktiven Programm anzusprechen, haben SPD und Linke die Grünen auf geradezu unterwürfige Weise als intellektuelle und politische Avantgarde akzeptiert und dadurch zugelassen, daß die AfD zur führenden Arbeiterpartei werden konnte. Von der Chance auf eigene Mehrheiten haben sie sich damit weit entfernt.“

Dem Thema Gendern kann Wagenknecht ebenfalls nicht viel abgewinnen. Sie wolle zwar niemandem vorschreiben, wie er zu reden habe und wenn ein Journalist das unbedingte Bedürfnis verspüre, zu gendern, solle er es tun. „Aber es kann nicht sein, daß jeder unter Druck kommt oder einen Shitstorm erlebt, der das nicht mitmacht. Ich selbst glaube nicht, dass wir unserer Sprache oder dem Ziel der Nichtdiskriminierung durch solche Verrenkungen einen Gefallen tun.“

Wagenknecht war am Wochenende gegen Widerstand in der eigenen Partei zur Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Kurz zuvor hatten erste Passagen aus ihrem neuen Buch für Unmut unter Parteigenossen gesorgt. Das Buch „Die Selbstgerechten“ erscheint in dieser Woche.

Darin rechnet Wagenknecht mit dem Linkliberalismus ab und wirft diesem vor, die Gesellschaft weiter zu spalten. Scharf ins Gericht geht sie auch mit der Identitätspolitik der Linken. Diese laufe darauf hinaus, „das Augenmerk auf immer kleinere und skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein“, schreibt Wagenknecht.

Quelle: [Anonymous News](#) (Autor: Günther Strauß)

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

03) Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Die **Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen** ist ein multilaterales Abkommen im Rahmen des Europarates. Ziel dieses Abkommens ist es, geschichtlich gewachsene Regional- oder Minderheitensprachen als gemeinsames europäisches Erbe zu schützen und den kulturellen Reichtum Europas zu fördern. [Hier sehen Sie, welche Anstrengungen Österreich zu diesem Thema unternimmt](#) – aber wie sieht es in den Ländern aus, in denen Deutsch eine Minderheitensprache ist? Wir werden Sie darüber auf dem Laufenden halten.

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volkgruppen/europaische-sprachencharta.html>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 46, 2021

Wien, am 15. April 2021

Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Multilaterales Abkommen zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen und Erhalt des kulturellen Reichtums in Europa

Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ist ein multilaterales Abkommen im Rahmen des Europarates. Ziel dieses Abkommens ist es, geschichtlich gewachsene Regional- oder Minderheitensprachen als gemeinsames europäisches Erbe zu schützen und den kulturellen Reichtum Europas zu fördern.

In Umsetzung dieses Zieles verpflichten sich die Vertragsstaaten,

- die in Teil II des Abkommens angeführten Verpflichtungen auf alle in ihrem Hoheitsgebiet gebrauchten Regional- oder Minderheitensprachen anzuwenden,
- auf die zum Zeitpunkt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung bezeichneten Sprachen mindestens 35 aus Teil III ausgewählte Absätze oder Buchstaben anzuwenden.

Teil II des Abkommens enthält allgemeine Verpflichtungen zur Achtung und Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen. In Teil III werden Verpflichtungen zum Schutz der Regional- oder Minderheitensprachen im Bereich der Bildung und Erziehung, des Zugangs und der Förderung von Medien, des Gebrauchs der Regional- oder Minderheitensprachen im Verkehr mit Gerichten und Verwaltungsbehörden sowie im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben aufgestellt.

Österreich hat anlässlich der Ratifikation erklärt, dass Minderheitensprachen der österreichischen Volksgruppe der Roma im Sinne dieses Abkommens das Burgenlandkroatische, das Slowenische, das Ungarische, das Tschechische, das Slowakische und das Romanes sind. Das bedeutet, dass diese 6 Sprachen nach Teil II des Abkommens im gesamten Bundesgebiet geschützt sind. Darüber hinaus hat Österreich Burgenlandkroatisch im burgenland-kroatischen Sprachgebiet im Burgenland, Slowenisch im slowenischen Sprachgebiet in Kärnten und Ungarisch im ungarischen Sprachgebiet im Burgenland als Sprachen bezeichnet, auf die Teil III des Abkommens anwendbar sein soll. Völkerrechtlich trat die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen für Österreich mit 1. Oktober 2001 in Kraft.

Die Vertragsstaaten verfassen in regelmäßigen Abständen Staatenberichte über die Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in ihren jeweiligen Ländern. Auf Basis dieses Staatenberichts, eines Besuches des Sachverständigenausschusses (Committee of Experts) im Vertragsstaat und von Informationen von Nichtregierungsorganisationen, Medienberichten etc. erstellt der Sachverständigenausschuss einen Prüfbericht über die Anwendung der Sprachencharta durch den jeweiligen Vertragsstaat. Schließlich mündet der Prüfvorgang (monitoring cycle) in einen Beschluss des Ministerkomitees des Europarates mit Empfehlungen an den Vertragsstaat.

Die 4. Staatenprüfung Österreichs wurde mit der Empfehlung des Ministerkomitees CM/RecChL(2018)2 vom 4. April 2018 abgeschlossen.

Dokumente und externe Links zur Sprachencharta

- [Empfehlung CM RecChL\(2018\)2-4. Monitoringzyklus \(PDF, 102 KB\)](#)
- [Recommendation CM RecChL\(2018\)2-4th Cycle \(PDF, 80 KB\)](#)
- [Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen](#)
- [4. Staatenbericht Österreichs nach der Sprachencharta - deutsch \(einschließlich Stellungnahmen\) \(PDF, 2 MB\)](#)
- [4th Report of Austria pursuant to ECRML - english \(including comments of ethnic groups\) \(PDF, 2 MB\)](#)
- [Empfehlung CM RecChL\(2012\)7 - 3. Monitoringzyklus \(PDF, 87 KB\)](#)
- [Recommendation CM RecChL\(2012\)7 - 3rd cycle \(PDF, 86 KB\)](#)
- [3. Staatenbericht Österreichs zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen 2011 \(PDF, 1 MB\)](#)
- [3rd Report of the Republic of Austria - European Charter for Regional or Minority Languages 2011 \(PDF, 1 MB\)](#)
- [State reports and recommendations on the Website of the European Council](#)

04) Rabe, Eckart und Reitschuster sind Sprachwahrer des Jahres 2020

Dirk Rabe, Betreiber einer Trainingseinrichtung in Dülmen (NRW), ist „Sprachwahrer des Jahres 2020“. Das gibt die DEUTSCHE SPRACHWELT in ihrer neuesten Ausgabe bekannt, die soeben erschienen ist. Die Leser der Sprachzeitung wählten Rabe mit relativer Mehrheit (18,2 Prozent) auf den ersten Platz. Dicht dahinter folgen die Kabarettistin **Lisa Eckhart** mit 17,6 Prozent, der Journalist **Boris Reitschuster** mit 16,3 Prozent, **Prinz Charles** mit 15,1 Prozent und der Virologe **Hendrick Streeck** mit 14,4 Prozent. Die „Sprachwahrer des Jahres“ werden anschließend gewürdigt: <https://deutsche-sprachwelt.de/aktionen/sprachwahrer/sprachwahrer-des-jahres-2020/>.

Dirk Rabe setzte ein Zeichen gegen die übertrieben politisch korrekte Sprache, indem er neuen Kunden seiner Trainingseinrichtung, die eine „Zigeunersoße“ mitbrachten, die Aufnahmegebühr erließ. Er wünsche sich normale Mitglieder, die „nicht verstehen, warum eine Mohren-Apotheke, eine Zigeuner-Sauce, ein Negerkuß oder Ähnliches umbenannt werden soll.“ Nachdem Rabe für seine Aktion kritisiert worden war, stärkten ihm Zigeuner den Rücken.

Seit mehr als zwanzig Jahren wählen die Leser der [DEUTSCHEN SPRACHWELT](#) „Sprachwahrer des Jahres“, um **vorbildlichen Einsatz für die deutsche Sprache** zu würdigen. Die Auszeichnung erhielten bisher beispielsweise Uwe Steimle (2019), Frank Plasberg (2012), Papst Benedikt XVI. (2005) und Reiner Kunze (2002).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 43, 2021

Wien/Erlangen, am 12. April 2021

Sprachwahrer des Jahres 2020

Dirk Rabe, Lisa Eckhart, Boris Reitschuster

Mit Zigeunersoße den Sieg gewürzt

Lag es an der großen Auswahl hervorragender Kandidaten? Oder gab es unter den Benannten etwa keinen, der eine überragende Tat vollbrachte? Einen eindeutigen Sieger bei der Wahl der Sprachwahrer des Jahres 2020 gab es nämlich nicht. Anders als im vergangenen Jahr, als der sächsische Schauspieler und Kabarettist Uwe Steimle satte 54,8 Prozent und damit die absolute Mehrheit abräumte, holte der diesmalige Sieger Dirk Rabe nicht einmal ein Fünftel der Stimmen. 18,2 Prozent genügten für den Betreiber einer Trainingseinrichtung in Dülmen, um sich an die Spitze der Sprachwahrer zu setzen.

Dicht dahinter folgen die Kabarettistin Lisa Eckhart mit 17,6 Prozent, der Journalist Boris Reitschuster mit 16,3 Prozent, Prinz Charles mit 15,1 Prozent und der Virologe Hendrick Streeck mit 14,4 Prozent. Wenn die Kandidaten keinen hohen Anteil der Stimmen erreichen, bedeutet das weder, daß sie nicht genug für die deutsche Sprache getan hätten, noch daß ihr Wirken bedeutungslos wäre und geringgeschätzt würde. Daher sind die knappen Ergebnisse sicher auf die große Auswahl hervorragender Kandidaten zurückzuführen.

Platz 3: Boris Reitschuster

Der Journalist Boris Reitschuster war von 1999 bis 2015 Leiter des Moskauer Büros von „Focus“. 2008 wurde er für seinen „hohen persönlichen Einsatz für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und damit für die Wahrung von Bürger- und Menschenrechten“ mit der Theodor-Heuss-Medaille geehrt. In jüngster Zeit baute er mit Hilfe eingängiger, schnörkelloser Sprache in Verbindung mit kritischer Berichterstattung innerhalb eines Jahres seine Seite [reitschuster.de](#) zu einer Plattform auf, die monatlich Millionen Leser erreicht. Dabei bietet er auch regelmäßig Raum für Sprachkritik, etwa zur Gendersprache. Seine kritischen Fragen bekommen Spitzenpolitiker in der Bundespressekonferenz zu spüren. Der große Erfolg seiner Berichterstattung ruft auch Neider auf den Plan. So versuchte ihn im Februar dieses Jahres die „Süddeutsche Zeitung“ mit einem ganzseitigen Bericht anzuschwärzen. Das mißlang. Der Zuspruch zu seinen Veröffentlichungen steigt weiter.

Platz 2: Lisa Eckhart

Auch die Kabarettistin Lisa Eckhart, die mit bürgerlichem Namen eigentlich Lisa Lasselsberger heißt, hat aufgrund ihrer kritischen Äußerungen mit Gegenwind zu kämpfen. Mit Hilfe der Kunstfigur Lisa Eckhart entlarvt die gebürtige Leobenerin mit geschliffener, sarkastischer Sprache und hintergründigen Wortspielen gesellschaftliche Ungereimtheiten. Für Menschen, die lieber denunzieren als diskutieren, erfand sie den Ausdruck „Gutunmensch“. Diese „Gutunmenschen“ stürzten sich auch auf sarkastische Äußerungen

von Lasselsbergers Kunstfigur Eckhart und diffamierten eine ihrer Figurenreden als „antisemitisch“, was gar nicht stimmte. Das führte jedoch dazu, daß in Hamburg auf Druck einzelner ihre Lesung aus dem 2020 veröffentlichten ersten Roman, „Omama“ abgesagt werden mußte. In der ARD-Kabarettssendung „nuhr im Ersten“ kann sie jedoch weiterhin auftreten.

Platz 1: Dirk Rabe

Dirk Rabe, Betreiber einer Trainingseinrichtung in Dülmen, setzte ein Zeichen gegen die übertrieben politisch korrekte Sprache, indem er neuen Kunden, die eine „Zigeunersoße“ mitbrachten, die Aufnahmegebühr erließ. Er wünsche sich normale Mitglieder, die „nicht verstehen, warum eine Mohren-Apotheke, eine Zigeuner-Sauce, ein Negerkuß oder Ähnliches umbenannt werden soll.“ Am 25. August 2020 stellte er einen Film auf Facebook, in dem er sagte: „Meld dich an mit einer Zigeunersoße, dann hast du keine Aufnahmegebühr und den ersten Monat gratis. Wenn du damit zur Anmeldung kommst, wissen wir, du tickst normal.“ Rabe setzte sogar noch eins drauf: „Kommt noch einer rein mit einer Packung Negerküsse, ich glaube, dann kannst du bei uns das ganze Jahr frei trainieren.“

Die Dülmener Stadtverwaltung fand diese Werbung allerdings „geschmacklos“ und „inakzeptabel“. Auch andere fühlten sich berufen, Rabe anzugreifen. Dieser bat daraufhin bei dem Zigeuner Joschka Laubinger, Leiter einer Kampfsportschule, um Entschuldigung. Der antwortete ihm in einem Filmbeitrag: „Du mußt mich gar nicht um Entschuldigung bitten, weil ich das gar nicht als Beleidigung ansehe. ... Wie lange gibt es schon Zigeunersoße in Deutschland!“ Eine Zigeunerin kommentierte an anderer Stelle zu der Aktion: „Bei uns zu Hause sagen wir auch weiterhin Zigeunersoße.“ Rabe zitierte auch die Aussage eines Vertreters der Sinti-Allianz. Dieser hatte sich gegenüber der DEUTSCHEN SPRACHWELT ausdrücklich gegen eine Zensur des Wortes „Zigeuner“ gewandt. (dsw)

Vorgeschlagen waren:

Prinz Charles: Der Fürst von Wales und Herzog von Cornwall, Thronfolger des Vereinigten Königreichs, hielt am 15. November seine Rede zum Volkstrauertag vor dem Deutschen Bundestag abwechselnd in fließendem Deutsch und in Englisch. Deutsch sei die erste Sprache gewesen, in die Shakespeare übersetzt wurde, rief er ins Gedächtnis.

Lisa Eckhart: Die Kabarettistin, die mit bürgerlichem Namen eigentlich Lisa Lasselsberger heißt, entlarvt mit geschliffener Sprache und hintergründigen Wortspielen gesellschaftliche Ungereimtheiten. 2020 hat die Steirerin ihren ersten Roman, „Omama“, veröffentlicht.

Boris Reitschuster: Der Journalist, 1999 bis 2015 Leiter des Moskauer Büros von „Focus“, baute mit Hilfe eingängiger, schnörkelloser Sprache in Verbindung mit kritischer Berichterstattung innerhalb eines Jahres seine Seite reitschuster.de zu einer Plattform auf, die monatlich Millionen Leser erreicht. Dabei bietet er auch Raum für Sprachkritik, etwa zur Gendersprache.

Hendrik Streeck: Der Direktor des Institutes für Virologie und HIV-Forschung an der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn informiert kenntnisreich über das Corona-Virus in einer auch für Laien verständlichen Sprache. Dabei vermeidet er Übertreibungen und Zuspitzungen und trägt damit zu einer Atmosphäre bei, in der angstfrei und sachlich diskutiert werden kann.

Dirk Rabe: Der Betreiber einer Trainingseinrichtung in Dülmen setzte ein Zeichen gegen die politisch korrekte Sprache, indem er neuen Kunden, die eine „Zigeunersoße“

mitbrachten, die Aufnahmegebühr erließ. Er wünsche sich normale Mitglieder, die „nicht verstehen, warum eine Mohren-Apotheke, eine Zigeuner-Sauce, ein Negerkuß oder Ähnliches umbenannt werden soll.“

Sepp Müller: Der Bundestagsabgeordnete (CDU) aus Wittenberg wirbt dafür, eine Mindestquote von 40 Prozent für deutschsprachige Musik im Radio einzuführen.

Elon Musk: Der aus Südafrika stammende amerikanische Unternehmer lernt Deutsch und warb persönlich in deutscher Sprache um Arbeitskräfte für sein neues Werk in Deutschland: „Bitte arbeiten Sie bei Tesla!“ Die Eröffnungsrede für sein neues Werk will er „natürlich“ in deutscher Sprache halten.

05) Mut zu mehr Mitteleuropa

Von Dr. Bence Bauer

12. 04. 2021



Bence Bauer: „Europa aus seiner lebendigen Mitte heraus neu beleben! Wir Ungarn sind dazu bereit und reichen anderen die Hand.“ · Foto: Árpád Földházi

„Die Mitte liegt ostwärts“ – so lautete das vielbeachtete Werk des deutschen Osteuropahistorikers Karl Schlögel. Doch noch viel interessanter ist der Untertitel seines großvolumigen Essays: „Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa“.

Das 1998 erschienene Grundwerk eines jeden Mitteleuropaforschers streift nicht nur durch die Vergangenheit, sondern antizipiert in hellseherischer Weise den Bedeutungszuwachs, der Mitteleuropa in den kommenden Jahrzehnten widerfahren sollte. Für die Leser der

Budapester Zeitung ist dies ein guter Anlass und Ausgangspunkt, die Chancen und Perspektiven Mitteleuropas mit einem deutschen Auge zu betrachten.

Mitteleuropa – gut in Europa angekommen?

Nächstes Jahr werden in Ungarn Erstwähler an den Parlamentswahlen teilnehmen, die unmittelbar vor dem Beitritt zur Europäischen Union geboren wurden. Mit anderen Worten: Es wächst eine Generation heran, die nichts Anderes kennt, als die Zugehörigkeit zur Union, eine Generation also, für die es selbstverständlich ist, auch formaljuristisch in einer Liga mit ihren Altersgenossen aus Deutschland, Spanien, Schweden oder Polen, Tschechien und Österreich zu spielen.

Doch sind die Ungarn und die anderen Völker Mittel- und Osteuropas auch mental angekommen? Und vor allem: Werden sie gehört, werden ihre Geschichte, ihre Narrative und ihre Denkweise wahrgenommen und erkannt, dass auch sie Europa prägen und bestimmen? Ist den Vertretern der alten Mitgliedsländer überhaupt bewusst, dass sich Europa verändert hat und die EU eine andere werden wird, als in den eingespielten Jahren zuvor? Und kann vor allem Deutschland einen Beitrag leisten, um Mitteleuropa ein Forum und somit Gehör zu geben? Was kann Deutschland mit einer offenen und beherzten Mitteleuropapolitik gewinnen? Diesen Fragen werden wir nachgehen.

Das Narrativ von Mittel- und Osteuropa

Lange Zeit von Fremdherrschaft bestimmt, haben die Völker Ost- und Mitteleuropas ein feines Gespür für Gefahren und Bedrohungen von außen entwickelt, sie rasonieren anders auf Entwicklungen, denen ein Gefährdungspotential immanent ist, und die für sie zum Nachteil gereichen können. In diesem Zusammenhang ist die Abwehrhaltung der Menschen gegenüber der illegalen Migration ein auf jahrhundertealte Erfahrungen zurückreichender Reflex.

Er sollte von den sich als aufgeklärt gebenden, in Wahrheit aber als arrogant wahrgenommenen Vertretern des alten, westlich verankerten Europas nicht geringgeschätzt, sondern als Erfahrungsschatz eines vielfältigen und traditionsreichen Kontinents verstanden werden sollte. Wenn dies nämlich verkannt wird, potenzieren sich die als von außen kommend eingestuftten Gefahren in den Augen der Mitteleuropäer, und die vermeintlich gutgemeinten Ideen und Vorschläge gerade aus Brüssel werden als weitere Einmischung und Bedrohung, wenn nicht gar als Bevormundung und Besserwisserie verstanden. Daher ist Maß und Mitte angezeigt!

Tiefe Auseinandersetzung mit der Herkunft

Um andere Länder hinreichend verstehen und die dortigen Entwicklungen überhaupt richtig einordnen zu können, bedarf es einer tiefen Auseinandersetzung mit der Herkunft, der Geschichte, der Kultur, der andersgelagerten politischen Landschaft und der öffentlichen Debatte sowie des Denkens und Wähnens der dort lebenden Menschen.

Es ist notwendig, die tiefe Bedeutung und Geschichte, Herkunft von Nation und Nationalstaat, Identität und Tradition gerade der Länder der mittel- und osteuropäischen Region in ihrer ganzen Bandbreite zu durchdringen. Hierbei haben vor allem die deutschsprachigen Länder Deutschland und Österreich einen Heimvorteil. Ihre Geschichte ist durchwoben von einer Wechselwirkung mit Ost- und Mitteleuropa, ihre Sprache wird hier öfter gesprochen als etwa in Westeuropa, und ihre kulturelle Nähe mit uns Mitteleuropäern ist größer.

Zu den Deutschen hegen speziell wir Ungarn mehr als nur eine Grundsympathie. Uns verbinden eine jahrtausendalte Freundschaft und eine Seelenverwandtschaft. Ministerpräsident Orbán brachte dies schon 2012 so zum Ausdruck: „Ungarn respektiert Deutschland nicht nur, sondern mag das Land auch.“ Aus dieser Ausgangsposition lässt sich Zukunft gestalten!

Die Erfolge von Mitteleuropa

In den letzten Jahren kann man die Erfolge von Mitteleuropa glasklar erkennen. Während noch 2010 Ungarn zusammen mit Griechenland genannt wurde, entwickelte sich das Land seitdem wirtschaftlich bestens. Nicht nur hat Ungarn einen beachtlichen Aufholprozess in der Wirtschaft betrieben, sondern auch an politischer Stabilität und Verlässlichkeit ein Musterbeispiel vorgelebt, gepaart mit Rechtssicherheit und guten Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Dies spiegelt sich in einer zunehmend zufriedenen und selbstbewussten Bevölkerung wider, und dies macht das Leben und Arbeiten in Ungarn zu einem attraktiven Lebensentwurf – auch für viele Deutsche und Ausländer, die hier mehr als willkommen sind. Auch die anderen Länder Mittel- und Osteuropas konnten im letzten Jahrzehnt eine beeindruckende Verbesserung in Wohlstand, Fortschritt und Lebensweise erzielen und damit Europa insgesamt zu einem besseren Ort machen.

Ungarn liegt also inmitten einer dynamischen Wachstumsregion, die auch hinsichtlich Lebensweise und Lebensverhältnissen ein Beispiel für viele andere sein kann. Bewahrung der christlichen Werte Europas und der europäischen Identität gehen Hand in Hand mit einer Bewahrung von nationaler Identität in Europa und in der Region, denn der Kontinent ist ein Europa der Vaterländer.

Dabei stehen gutnachbarschaftliche Beziehungen im Mittelpunkt der ungarischen Politik. „100 Jahre ungarische Einsamkeit sind vorbei“, so drückte sich Ministerpräsident Viktor Orbán anlässlich des 100. Jahrestages der ungarischen Teilung von 1920 aus. Damit ist auch besiegelt, dass die Zukunft der Zusammenarbeit, nicht der Isolation, dem Mut, nicht der Angst, und der Hoffnung, nicht der Verzagttheit gehört.

An dieser Entwicklung sollen auch andere partizipieren können, mit Zuversicht und frischen Ideen. Dies ist auch als eine Einladung zu verstehen, Europa aus seiner lebendigen Mitte heraus neu beleben zu wollen. Wir Ungarn sind dazu bereit und reichen anderen die Hand.

Deutschland und Mitteleuropa

In einem sich erneuernden Europa sollten die Politik und das Leben der Länder in Mittel- und Osteuropa denkbar gut unter die Lupe genommen werden. Diese Region steht für Wachstum und Beschäftigung, für niedrige Steuern und für einen hohen Stellenwert von Leistung, Eigentum und Eigenheim, von Familie, natürlichen Gemeinschaften und Werten.

Den Ländern Ost- und Mitteleuropas ist gemein, dass sie zunächst nicht bei anderen nach Lösungen nachfragen, sondern ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und aus eigener Kraft Solidität und Verlässlichkeit, Vertrauen und Substanz statuieren wollen. In Fragen der geistig-seelischen Herkunft Europas und in den Traditionen stehen sie für das jüdisch-christliche Erbe des Abendlandes und die Bewahrung unseres „European way of life“.

Deutschland wäre gut beraten, sich in Zukunft noch mehr mit Mitteleuropa zu beschäftigen, die hiesigen Muster und Verfahrensweisen, vor allem aber die Mentalität seiner Menschen

zu studieren und zu verstehen sowie in die konkrete Politikgestaltung einzubauen. Ungarn als das Land, das mit Deutschland die meisten Bindungen sprachlicher, geschichtlicher, kultureller und seelischer Prägung hat, kann dabei als Moderator und Trendsetter zugleich wirken. Mittel- und Osteuropa werden die Zukunft Europas maßgeblich prägen, bestimmen und in einem positiven Sinn erneuern. Machen wir uns bereit für diese Reise, sie wird gelingen!

Der Autor ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC). Zuvor war er zehn Jahre lang leitender Mitarbeiter der Budapester Repräsentanz der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bence Bauer hat ungarndeutsche Wurzeln, lebte aber über 20 Jahre lang in Deutschland. Ihm ist die Kooperation von Deutschland und Ungarn mit besonderer Betonung der gemeinsamen Zukunft in Europa schon immer wichtig gewesen. „Deutschland und Mitteleuropa können gemeinsam mehr erreichen und sollten diese Chance nutzen“, lautet sein Credo.

BUDAPESTER ZEITUNG

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

06) Die europäische Heimat der Konservativen

Von Katalin Novák

12. 04. 2021



Katalin Novák · Foto: Havran Zoltán / Magyar Nemzet

*„Es geht oft nicht darum, was die Fakten sind,
sondern darum, was böswillige Menschen mit den Fakten machen.“*
Konrad Adenauer

Kürzlich schrieb der EVP-Vorsitzende Manfred Weber in der Welt am Sonntag, dass die Fidesz durch den Austritt aus der Europäischen Volkspartei, die immer weiter nach links rückt, rechtsextrem geworden und ein Bündnis mit der AfD eingegangen sei. Wie so oft ist seine Aussage falsch.

Wir kämpfen einen Kampf auf Leben und Tod mit dem Coronavirus. Auch die europäische Zusammenarbeit wird durch die Epidemie auf die Probe gestellt. Die europäischen Bürger haben Schwierigkeiten, den Mangel an europaweit zugelassenen Impfstoffen, die Langsamkeit der Beschaffung und die Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung zu akzeptieren. Sie wissen, wie viel Solidarität wir brauchen, aber sie haben auch Recht, wenn sie meinen, dass Solidarität nicht bedeutet, Leben zu verlieren, die gerettet werden könnten.

In der aktuellen Krise ist die Notwendigkeit, dass die Menschen direkt, ehrlich und verständlich miteinander sprechen und handeln, noch größer geworden. Eine Forderung nach einem starken und erfolgreichen Europa der Mitgliedsstaaten, Nationen und Bürger, statt eines Europas der Bürokraten und Institutionen. Es gibt immer mehr Menschen, die das Gefühl haben, dass Freiheit, die Nation, die traditionelle Familie, die christliche Kultur, die Menschenwürde Werte sind, die von den sogenannten Mitte-Rechts-Parteien nicht mehr vertreten werden. Diese Menschen sind zu Recht empört, dass sie wegen ihrer Abweichung vom liberalen linken Mainstream stigmatisiert, ausgegrenzt und diskriminiert werden. Ein Beispiel dafür ist der ungarische Torwart Zsolt Petry, der von Hertha BSC wegen seiner toleranten, aber abweichenden Ansichten zum deutschen Mainstream sofort entlassen

wurde. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass sie ohne echte Vertretung gelassen werden. Immer häufiger wird die Frage gestellt: Wie kommt es, dass die Linke nur „Mitte“ und die Rechte nur „Rand“ sein soll?

In diesen unruhigen Zeiten lässt auch Ungarn seine Muskeln spielen, um sich zu verteidigen. Wir haben die Anzahl der Impfstoffe verdoppelt, die zusätzlich zu den westlichen Impfstoffen mit sicheren russischen und chinesischen Impfstoffen verabreicht werden können, und haben die zweithöchste Durchimpfungsrate unter den EU-Mitgliedstaaten. Wir haben die Gehälter von Ärzten erhöht, das größte Wohnungsbauprogramm Ungarns gestartet und ab dem nächsten Jahr werden wir junge Menschen von der Einkommensteuer befreien. Währenddessen werden in ganz Europa Politiker und Regierungen durch Korruptionsskandale und Lügen geschwächt oder zu Fall gebracht. Quo vadis, Europa?

Wir Ungarn, die wir seit mehr als tausend Jahren als christliche Nation im Herzen Europas leben, wissen, wohin wir gehen. Wir haben eine klare Vision, wie wir ein wettbewerbsfähiges, modernes Land aufbauen und gleichzeitig unsere Kultur und nationalen Werte bewahren können. Wir begrüßen jeden, der kommt, mit Respekt und einer gemeinsamen Vision für die Zukunft.

Umso überraschter sind wir von den deutschen und Brüsseler Kommentaren zu Ungarn. Wir fühlen uns an Karl May erinnert, der dank seiner erstaunlichen Vorstellungskraft den Wilden Westen detailliert beschrieb – ohne jemals dort gewesen zu sein. Aber das Leben in Ungarn ist weder eine Fantasie noch ein Abenteuerroman. Das Problem sind nicht nur die wiederholten Falschbehauptungen, sondern auch die Tatsache, dass die Medien durch die Verschlechterung der Qualität der Berichterstattung und den Verlust des Wissens über Land und Leute leicht zum politischen Vorschlaghammer werden können.

In den vergangenen elf Jahren unserer Regierung wurden drei Entscheidungen getroffen, welche die europäische Rechtsordnung voll respektieren und dennoch in dem von den liberalen Medien und liberaler Politik dominierten europäischen Raum als unverzeihliche Sünden gelten. 2011 haben wir in der Verfassung verankert, dass die Ehe die Beziehung zwischen einem Mann und einer Frau ist, 2015 haben wir Nein zur Masseneinwanderung gesagt, und jetzt werden die Ungarn mit von unseren nationalen Behörden genehmigten Impfstoffen geimpft. Es ist seit langem ein bekanntes Spiel der Linken in der EVP, Ungarn für angebliche Verstöße gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Doch bei einer Nominierung fügten sie sich selber eine tödliche Wunde zu: In die Enge getrieben, erklärte Weber offen, er wolle nicht mit den Stimmen des Fidesz Präsident der Europäischen Kommission werden. Sein Wunsch ging in Erfüllung.

Das offensichtliche Ziel dieser unabhängigen, wiederbelebten Kampagne ist es, den Eindruck zu erwecken, dass Ungarn ein isoliertes, rückständiges Land ist, das von einem unterdrückerischen Regime regiert wird.

Doch die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Interessen der Visegrád-Vier in Mitteleuropa sind hervorragend, der ungarische Ministerpräsident wird bald der erfahrenste Führer im Europäischen Rat sein, und jetzt, nach dem Austritt des Fidesz aus der Europäischen Volkspartei, ist es klar geworden, dass die Mehrheit der Parteien der demokratischen Rechten gerne eine engere Zusammenarbeit mit der ungarischen Regierungspartei aufbauen möchte.

Am 1. April empfing Viktor Orbán in Budapest die führenden Vertreter der mächtigsten Parteien der europäischen rechten Parteienfamilie: Den polnischen Ministerpräsidenten

Mateusz Morawiecki und Matteo Salvini, den Vorsitzenden der Lega, der populärsten italienischen Partei in der von Mario Draghi geführten Regierung. Die drei Staatsmänner vereinbarten, die europäische demokratische Rechte neu zu organisieren. Wir werden in Zukunft mit Menschen zusammenarbeiten, die Ja sagen zu Freiheit, Nation, Familie, Christentum und Menschenwürde, aber Nein zu Migration, imperialer Logik, Kommunismus, Zensur und Antisemitismus.

Für den Fidesz waren und sind die CDU und CSU die natürlichen politischen Verbündeten in Deutschland. Ihre herausragenden historischen Figuren, die Visionäre Europas, Konrad Adenauer und Helmut Kohl, sind Menschen, die wir wirklich bewundern. Obwohl wir sehen, dass die Massen, enttäuscht von der zunehmend linken Politik der EVP, politisch staatenlos geworden sind, haben wir nicht vor, Bündnisse mit anderen deutschen Parteien einzugehen, auch wenn einige Leute diesen Eindruck erwecken wollen.

Im Gegenteil: Der Fidesz distanziert sich strikt von Parteien, die nicht für die verfassungsmäßige Ordnung eintreten. Wir sind die einzige politische Kraft dieser Art in Ungarn, wo die gesamte Opposition, bestehend aus Postkommunisten, Sozialisten, Liberalen und Grünen, ein Bündnis mit einer offen antisemitischen, rassistischen Partei (Jobbik) eingegangen ist, um bei den nächsten Wahlen gemeinsame Kandidaten gegen uns aufzustellen. Hat diese politische Obszönität irgendwelche Auswirkungen auf europäischer Ebene?

Die Fidesz vertritt echte konservative Werte. Was wir in Europa brauchen, ist eine demokratische Rechte, die versucht, sich nicht dem links-grünen Zeitgeist anzupassen, sondern in Zusammenarbeit mit rechten Parteien die Zukunft Europas gestaltet.

Das Haus der europäischen Konservativen hat sich in letzter Zeit immer mehr geleert, und seine verbliebenen Bewohner haben sich kaum noch getraut, offen zu sprechen, auch nicht untereinander. Wir sind bereit, dieses Haus wieder zum Leben zu erwecken, seine Türen für neue Ideen und für diejenigen, die einziehen wollen, zu öffnen, damit immer mehr Menschen erleben können, wie es ist, hier frei zu wohnen. So können wir eine politische Heimat für Millionen von Europäern schaffen. Und es kann auch die Wiedergeburt der demokratischen Rechten in Europa bedeuten. Das ist unsere ‚Willkommenskultur‘ für Europa.

Die Autorin ist stellvertretende Vorsitzende des Fidesz

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Dieser Beitrag wurde über die EUROPÄISCHE MEDIENKOOPERATION verbreitet und erschien auch in polnischer Sprache in unserer [WYDANIE POLSKIE](#), bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), bei [UNGARNREAL](#), bei [CENTRO MACHIAVELLI](#) (Italienisch) und bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#) (Spanisch).

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

07) „Deutscher Liederabend“ von Heino sollte untersagt werden, da „rassistisch“

13. 04. 2021



„Ein deutscher Liederabend“ mit Heino (82), gebucht für den 08. Oktober 2021 in der Tonhalle in Düsseldorf – das darf nicht sein, wenn es nach den Toleranten geht.

Wie BILD berichtet, wollte der Intendant, Michael Becker, den Abend unter einem solchen Titel nicht bewerben lassen, da der Begriff ‚deutscher Liederabend‘ *„tümelt ... und ... städtische Räume kein Ort für Hetze sind.“*

„Rassistisch“ – „antisemitisch“ oder „antidemokratisch“?

Becker beruft sich auf den Antrag zu einer Verordnung der Düsseldorfer Stadtratssitzung von SPD, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN und FDP vom März 2019, die eine *„Überlassung von Räumen für Veranstaltungen mit rassistischen, antisemitischen, salafistischen, antidemokratischen, sexistischen, gewaltverherrlichenden oder anderen menschenfeindlichen Inhalten“* ablehne.

Kostenlose Stornierung angeboten

Er bot Heino jetzt an, das Konzert umbenennen oder kostenfrei stornieren zu lassen. Doch Heino zeigte sich nicht gewillt, das Wort ‚deutscher‘ aus seinem Liederabend streichen zu lassen. Vielmehr war sein Management bereit, für den Raum Düsseldorf, wenn auch nur gezwungenermaßen, nötigenfalls einen anderen Konzertsaal zu suchen.

Heino darf sich glücklich schätzen, dass die Betreiber der anderen siebzehn bereits gebuchten Konzerthallen sich gegenüber dem Bildungsauftrag von SPD, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN und FDP aus Düsseldorf noch nicht verpflichtet fühlen. Mediale Hetzkampagnen der Kartellpresse, wie wir sie kennen, könnten in Zukunft dies jedoch sehr schnell ändern. Vorläufig kann ‚ein deutscher Liederabend‘ nur in Düsseldorf als Hetze oder als Hintergrund für sogenannte *menschenfeindliche Inhalte* interpretiert werden.

Die Konzerttournee will den zahlreichen Anhängern von Heino die gesamte musikalische Palette seiner langen Künstlerkarriere bieten, ergänzt von Kompositionen berühmter Klassiker, wie z.B. Brahms oder Schubert. Als Stargast hat Heino den Violine-Virtuosen Yury Revich verpflichten lassen, der im Jahr 2016 den *Echo Klassik Awards* der Kategorie „Newcomer des Jahres“ gewinnen konnte.

Heino darf „deutschen Liederabend“ doch abhalten

Heute wurde publik, dass es Heino plötzlich doch gestattet wurde, seinen Auftritt als „Deutschen Liederabend“ über die Bühne zu bringen. Wer glaubt, dass die Toleranten jetzt noch toleranter geworden sind, der täuscht sich gewaltig. Es war Düsseldorfs Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU), der Heino in einem Telefonat zusicherte, dass dieser sein Konzert wie geplant bewerben dürfe, teilte eine Stadtsprecherin mit. „Ich sehe in dem Plakat von Heino keinerlei nationalistische oder ähnliche Tendenzen und teile die Kritik daran nicht“, hatte Keller zuvor bereits in Richtung Tonhalle verlauten lassen. Und der Manager von Heino schob eine Erklärung nach, mit der wohl alle jetzt leben können: „...Wir dürfen das Wort ‚deutsch‘ nicht den Rechtspopulisten überlassen...“ sagt er. Da hat er recht, denn beim Grundgesetz und bei der Achtung des Rechtsstaates ist das bereits der Fall. Und genau deshalb werden jetzt gesetzestreu Politiker als Rechtspopulisten beschimpft.

Selbstvernichtung samt Anfeindung nicht-systemkonformer Künstler

Man darf sich nicht wundern, dass in der giftgrünen BRD heutiger Zeiten gerade Künstler, die sich noch deutscher Tradition und Kultur verpflichtet fühlen, wieder besonderen kulturfaschistischen Anfeindungen und Verfolgungen durch staatliche Stellen ausgesetzt sind. Nach fast hundert Jahren Agitation seit 1923 sowie nach 75 Jahren staatlicher Förderung dank Steuergelder haben *Zivillfaschisten* als Umerzieher, Zersetzer, Defätisten und Kulturzerstörer im Geiste der *Kritischen Theorie* und *Frankfurter Schule* mittlerweile die höchsten Positionen im Staat und öffentlichem Leben okkupiert, was sie in die Lage versetzt, abendländische Kultur und Traditionen nunmehr von ganz oben herab in immer unverfrorener Manier zu unterminieren.

Die Nachbarstaaten der BRD haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die Staatsführung des „freiesten Deutschland, das wir je hatten“ (Jens Span) – ermächtigt von ihren irregeführten und desinformierten Wählern – an der endgültigen Abschaffung Deutschlands unermüdlich und verbissen weiterarbeitet. Die kumulierten Erfahrungen aus dem 20. Jahrhundert zeigen: „*Sie schaffen auch das!*“ Der deutsche Reststaat scheint heute beseelt vom letzten Wunsch, dem Schicksal Preußens nachzufolgen – nur mit dem einen Unterschied: Sich in jener finalen Phase des ersehnten Untergangs selbst vernichten zu dürfen. Keiner der

Nachbarstaaten wird sie daran hindern wollen. Doch vor allem die östlich gelegenen Anrainerstaaten sollten stets darauf achten, sich nicht noch einmal, und sei es nur als Opfer potentieller Kollateralschäden, in den Sog und Strudel der finalen BRD-Selbstzerstörung mit hineinreißen zu lassen.

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

08) Polen verlegt Truppen an die weißrussische Grenze

17. 04. 2021



Foto: Wojsko polskie / Facebook

Die Spannungen zwischen Polen und Weißrussland nehmen von Woche zu Woche weiter zu. Nach der [Ausweisung des polnischen Konsuls in Brest](#) und der [Verhaftung mehrerer Führer der polnischen Minderheit in Weißrussland](#) wurden gestern in Grodno (im Nordwesten des Landes) zwei weißrussische Journalisten, die der polnischen Minderheit angehören und Mitglieder der Union der Polen in Weißrussland (ZPB) sind, Andrzej Pisalnik und seine Frau Iness Todryk-Pisalnik, unter dem Vorwurf der „Anstiftung zu ethnischen Unfrieden“ verhaftet, ein Vorwurf, der doch recht vage ist. Andrzej Pisalnik ist Direktor des Nachrichtenportals ZPB, Znadniemna.pl.

Mehrere Verhaftungen in Weißrussland

Die beiden Verhaftungen in Grodno fallen mit der Verhaftung von zwei Oppositionspolitikern – dem Vorsitzenden der oppositionellen Belarussischen Volksfront (BNF), Ryhor Kastusyou, und dem politischen Analysten Alexander Fyaduta – unter nicht näher bezeichneten Anschuldigungen zusammen.

Verlegung eines Panzerbataillons nach Biała Podlaska

In diesem Kontext der Repression gegen die Opposition und [gegen die polnische Minderheit](#) in Weißrussland erfahren wir von der [Verlegung polnischer Truppen](#) der 18.

Division der 1. Panzerbrigade der polnischen Armee, die von Warschau an die weißrussische Grenze verlegt wurden.

„Die Bildung eines mechanisierten Bataillons, das in Biata Podlaska eingesetzt werden soll, steht kurz vor dem Abschluss“,

berichtete bsblog.info. *„Auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes ist bereits ein Containerlager im Bau, das an das Bataillon übergeben wird“*. Während die polnischen Behörden behaupten, dass diese Truppenbewegungen nichts mit den aktuellen Streitigkeiten mit Minsk zu tun haben, sieht die weißrussische Regierung die Dinge anders.

„Feindliche Aktivitäten“ der NATO

In der Tat prangerte der weißrussische Generalstabschef, Generalmajor Viktor Gulewitsch, an diesem Mittwoch, dem 14. April – auf einer Sitzung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Moskau *„die fortgesetzte Aktivität des NATO-Blocks in der Nähe der Grenzen von Russland und Weißrussland an: die Errichtung von Aufklärungs- und Transportzentren und die Verbesserung der militärischen Infrastruktur, insbesondere zur Aufnahme von Truppen und anderen Prozessen.“*

Hohe Spannung auch im Donbass

Dieser starke Anstieg der Spannungen zwischen Polen und Weißrussland ist möglicherweise auch nicht unabhängig von der Situation im Donbass – den prorussischen Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die seit 2014 de facto von der Ukraine „unabhängig“ sind –, wo es seit einigen Wochen ebenfalls regelmäßig zu Waffenstillstandsverletzungen kommt, während Russland Berichten zufolge fast 40.000 Truppen an der ukrainischen Grenze massiert habe, bereit, „in die Ukraine einzumarschieren“ oder „den Donbass zu verteidigen“ – je nach dem Narrativ des einen oder anderen, während die Biden-Administration seit Wochen Öl ins Feuer gießt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

09) „Terroristischer Angriff“: Prag weist Diplomaten aus

Tschechiens amtierender Außenminister **Jan Hamáček** wollte am Montag eigentlich nach Moskau reisen, um über Lieferungen des Corona-Impfstoffs Sputnik V zu verhandeln. Am vergangenen Freitag hieß es dann überraschend, der Minister fahre doch nicht, er sei momentan unabhkömmlich. Am Samstagabend wurde klar, weshalb die Reise tatsächlich abgesagt wurde: Der Minister informierte die Presse gemeinsam mit Regierungschef **Andrej Babiš** über einen in den nie ganz spannungsfreien Beziehungen zwischen Tschechien und Russland beispiellosen Vorgang. [Bitte sehen Sie hier den aktuellen Bericht aus dem „Landesecho“](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 48, 2021

Wien/München, am 20. April 2021

<http://landesecho.cz/index.php/home/1702-terroristischer-angriff-prag-weist-diplomaten-aus>



„Terroristischer Angriff“: Prag weist Diplomaten aus

Hans-Jörg Schmidt

18. April 2021



Tschechien beschuldigt russische Spione, 2014 ein Munitionslager in die Luft gesprengt zu haben. Waren es dieselben wie beim Skripal-Anschlag?

Tschechiens amtierender Außenminister Jan Hamáček wollte am Montag eigentlich nach Moskau reisen, um über Lieferungen des Corona-Impfstoffs Sputnik V zu verhandeln. Am Freitag hieß es überraschend, der Minister fahre doch nicht, er sei momentan unabhkömmlich.

Am Samstagabend wurde klar, weshalb die Reise tatsächlich abgesagt wurde: Der Minister informierte die Presse gemeinsam mit Regierungschef Andrej Babiš über einen in den nie ganz spannungsfreien Beziehungen zwischen Tschechien und Russland beispiellosen Vorgang.

Langwierige Ermittlungen hätten „eindeutige Beweise“ dafür geliefert, dass für die Explosion auf einem Munitionslager in Südmähren im Jahre 2014 zwei russische Militärspione verantwortlich gewesen seien. Die Regierung habe deshalb entschieden, 18 Angehörige der russischen Botschaft, die sich der Spionage widmeten, des Landes zu verweisen. Sie müssten innerhalb von 48 Stunden Tschechien verlassen.

Zwei Menschen starben

„Tschechien ist ein souveräner Staat und muss auf diese nie dagewesenen Enthüllungen in entsprechender Form reagieren“, betonte Regierungschef Babiš. Auch Präsident Miloš Zeman teile das Vorgehen der Regierung. Diese Bemerkung war nicht unwichtig, weil Zeman als besonders Moskaufreundlich gilt.

Worum geht es? Im Oktober 2014 erschütterten schwere Explosionen die Gegend des Ortes Wirbietitz (Vrbětice). Zwei Menschen kamen bei den stundenlangen Detonationen von rund 50 Tonnen Munition ums Leben. Unweit des Ortes flog der Teil eines von privaten Rüstungsfirmen genutzten Munitionslagers in die Luft. Hunderte Minen und anderes Kriegsgerät waren dort verstaubt. Mehrere Ortschaften in der Umgebung mussten seinerzeit evakuiert werden. Tausende Soldaten waren in den zwei Jahren danach mit Aufräum- und Sicherungsarbeiten beschäftigt.

Ein paar Tage vor der Oktober-Explosion reisten die zwei Mitglieder des russischen Militärgeheimdienstes GRU, Anatoli Tschepiga und Aleksandr Mischkin, mit falschen Pässen von Moskau nach Prag, hielten sich in Mähren und auch in dem besagten Gebiet auf und hatten zudem offiziell eine Besichtigung der ganzen Anlage beantragt. Die Zusage dafür hatten sie für den Zeitraum vom 13. bis zum 17. Oktober 2014. Die Explosion im Munitionsdepot ereignete sich am 16. Oktober um 9.25 Uhr. Die Polizei hat noch keine direkten Beweise dafür, dass beide Männer den Komplex tatsächlich selbst betreten haben, hält diese Hypothese jedoch für höchst realistisch.

Den Ermittlern zufolge sollte das Kriegsgerät vermutlich nicht in dem tschechischen Lager, sondern erst später, während des Transports an seinen eigentlichen Bestimmungsort, vernichtet werden. Eingelagert war es auf Bestellung eines bulgarischen Waffenhändlers, bestimmt für die militärischen Konflikte in der Ukraine und in Syrien. Das geht aus Recherchen des Magazins Respekt hervor.

Fahndungsfotos veröffentlicht

Die Prager Behörden veröffentlichten am Samstag auch Fahndungsfotos der Militärspione Tschepiga und Mischkin. Sie stimmen mit denjenigen von zwei Tatverdächtigen überein, die im Zusammenhang mit dem Nervengift-Anschlag auf den früheren britisch-russischen Doppelspion Sergej Skripal in Großbritannien gesucht werden. Die beiden russischen

Agenten sollen überdies gemeinsam mit einem dritten Spion versucht haben, den erwähnten bulgarischen Waffenhändler in Sofia und am Schwarzen Meer zu liquidieren.

Tschechische Politiker zeigten sich in ersten Stellungnahmen schockiert von den Informationen von Hamáček und Babiš. Petr Fiala, Chef der oppositionellen Bürgerdemokraten, sprach von einem „Akt des Staatsterrorismus gegenüber einem souveränen demokratischen Land“.

Politiker fordern EU-Gipfel

Die Chefin der oppositionellen Partei TOP 09, Markéta Pekarová Adamová, sagte, „Russland hat sich bis heute nicht damit abgefunden, dass Tschechien nicht mehr Teil seiner Einflussphäre ist“. Wie andere Politiker forderte sie die Regierung in Prag auf, wegen des Vorgangs einen EU-Gipfel zu beantragen.

Aus Kreisen der Regierung wie der Opposition wurde verlangt, Russland sofort aus dem Kreis derjenigen auszuschließen, die das tschechische Atomkraftwerk in Dukovany ausbauen wollen.

In Moskau reagierte man umgehend auf die Ausweisung der Diplomaten. Prag sei sich sehr bewusst, was auf „solche Tricks“ folge, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

10) 30 Jahre Restitution – Gerichtsverfahren werden bis heute geführt

Am 21. März 1991, also in der damaligen ČSFR, trat das Gesetz über die „außergerichtliche Rehabilitierung“ in Kraft. Dabei ging es um die Rückgabe von Immobilien und Grundstücken, die zwischen 1948 und 1989 durch die Kommunisten konfisziert oder verstaatlicht worden waren. Die sogenannte Restitution wurde zu einem bedeutenden Element der wirtschaftlichen Transformation in der Tschechoslowakei nach der politischen Wende.

[Bitte lesen Sie hier den ganzen Beitrag von „Radio Prag“.](#)

<https://deutsch.radio.cz/30-jahre-restitution-gerichtsverfahren-werden-bis-heute-gefuehrt-8713130>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 45, 2021

Wien, am 14. April 2021

30 Jahre Restitution: Gerichtsverfahren werden bis heute geführt

28.03.2021



Illustrationsfoto: Tama66, Pixabay / CC0

Am 21. März 1991 trat das Gesetz über die „außergerichtliche Rehabilitierung“ in Kraft. Dabei ging es um die Rückgabe von Immobilien und Grundstücken, die zwischen 1948 und 1989 durch die Kommunisten konfisziert oder verstaatlicht worden waren. Die sogenannte Restitution wurde zu einem bedeutenden Element der wirtschaftlichen Transformation in der Tschechoslowakei nach der politischen Wende.



Illustrationsfoto: Tschechisches Fernsehen

Entsprechende Objekte musste nicht nur der Staat zurückerstatten, sondern auch die aktuellen Eigentümer, die diese während der kommunistischen Herrschaft käuflich erworben hatten. Erschwert wurde die Rückgabe in vielen Fällen durch die Bedingung, dass der Begünstigte in der ČSFR und später in der Tschechischen Republik einen dauerhaften Wohnsitz haben musste. Das wurde 1994 vom Verfassungsgericht aufgehoben. Weiter ausschlaggebend blieb aber die tschechische Staatsbürgerschaft.

In den Gerichtsstreits, die seitdem geführt werden, verweisen Antragsteller aus dem Ausland allerdings häufig auf die entsprechende Staatsangehörigkeit des ursprünglich enteigneten Besitzers. Bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gelangte das Verfahren der Familien Gratzinger und Poláček, bei dem es um ein Haus in Liberec / Reichenberg und ein Wochenendhaus in Pyšely / Pischel ging. Die tschechischen Behörden lehnten die Rückerstattung ab, weil die Antragsteller die amerikanische Staatsbürgerschaft hatten. Das Straßburger Gericht bestätigte diese Entscheidung.



Hugo Salm (rechts).

Foto: Carl Pietzner, Archiv des tschechischen Nationalen Denkmalinstituts

Bis heute nicht beigelegt ist hingegen ein Rechtsstreit der Nachkommen von Graf Hugo Salm. 1997 wurde vom Prager Stadtgericht anerkannt, dass ihm nach dem Zweiten Weltkrieg die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zugesprochen wurde. Allerdings verstarb Salm, bevor der Beschluss in Kraft treten konnte. Deswegen sahen 2002 sowohl

das tschechische Innenministerium als auch der Oberste Verwaltungsgerichtshof die Bedingung als nicht erfüllt an. Drei Jahre später verwarf das Verfassungsgericht wiederum diese Entscheidung. Trotzdem bestand das Innenministerium 2006 auf seinem Standpunkt und erkannte Salm rückwirkend die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft ab. Seitdem ruht das Verfahren, bei dem es um 6000 Hektar Grundstücke und Wald sowie das Schloss Rájec nad Svitavou / Raitz geht. Die Salm-Nachkommen warten derzeit auf eine weitere Entscheidung des Verfassungsgerichtes.



Palais Lobkowitz.- Foto: *Roman Boed*, CC BY 2.0

Diese Einrichtung hat im März 1999 auch einen Teil des Restitutionsgesetzes gekippt, der bis dahin die Rückgabe von nationalen Kulturdenkmälern verhinderte. Daraufhin wurde etwa das Palais Lobkowitz auf dem Prager Burggelände den Nachkommen der Familie übertragen.

Autor: [Radio Prague International](#)

11) Ihr einziges Vergehen war ihre Geburt als Ungarn

13. 04. 2021



Ungarn erinnert sich an die Deportierten aus Oberungarn (heute Slowakei) · Bildquelle: Visegrád Post

Seit einer einstimmigen Abstimmung durch das ungarische Parlament im Jahr 2012 ist der 12. April der Tag des Gedenkens an die aus Oberungarn (heute Slowakei) deportierten Ungarn. Die Beneš-Dekrete, die dem (damaligen) tschechoslowakischen Staat trotz des Beitritts der Nachfolgestaaten zur Europäischen Union die notwendige Rechtsgrundlage für diese ethnische Säuberung lieferten, sind jedoch weiterhin Teil der tschechischen und slowakischen Gesetzgebung.

Heute erinnert Ungarn an die mehr als 100.000 Ungarn aus Oberungarn, die vor 74 Jahren aufgrund der Beneš-Dekrete ihrer Staatsbürgerschaft, ihres Landes und ihres Eigentums beraubt wurden und gezwungen waren, das Land, in dem sie geboren wurden, aufzugeben. Nach der Wiederherstellung der Tschechoslowakei am Ende des Zweiten Weltkriegs machte das Regierungsprogramm von Košice vom 5. April 1945 ethnische Ungarn und Deutsche gemeinsam für die „Zerstückelung des Landes“ verantwortlich. Unter den zwischen Mai und Oktober von Präsident Edvard Beneš zwischen 1946 und Oktober verabschiedeten Dekreten, die 1946 in den Rang eines Gesetzes erhoben wurden, hatten 33 die direkte oder indirekte Wirkung, die Rechte der Bürger dieser beiden ethnischen Gruppen einzuschränken. Unter dem Zeichen dieser Dekrete hat die Tschechoslowakei erstmals 36.000 ihrer Bürger ausgewiesen, die vor 1938 hatte die ungarische Staatsbürgerschaft inne, die Ungarn in Bratislava, Košice und Komarno interniert und ihre Häuser beschlagnahmt. Im Rahmen des mit einem Ungarn unter sowjetischer militärischer Besatzung geschlossenen Bevölkerungsaustauschabkommens konnten die tschechoslowakischen Behörden so viele ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie sahen, dass ethnische Slowaken freiwillig Ungarn verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden. Im Rahmen des mit einem Ungarn unter sowjetischer militärischer Besatzung geschlossenen Bevölkerungsaustauschabkommens konnten die tschechoslowakischen Behörden so viele

ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie sahen, dass ethnische Slowaken freiwillig Ungarn verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden. Im Rahmen des mit einem Ungarn unter sowjetischer militärischer Besatzung geschlossenen Bevölkerungsaustauschabkommens konnten die tschechoslowakischen Behörden so viele ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie sahen, dass ethnische Slowaken freiwillig Ungarn verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden. Die tschechoslowakischen Behörden konnten so viele ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie die Ankunft ethnischer Slowaken sahen, die Ungarn freiwillig verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden. Die tschechoslowakischen Behörden konnten so viele ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie die Ankunft ethnischer Slowaken sahen, die Ungarn freiwillig verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden.

Es war am 12. April 1947, als der erste Zug, der deportierte Ungarn transportierte, abfuhr – der letzte am 5. Juni 1949; Zwischen diesen beiden Daten wurden fast täglich Transporte von zur Ausweisung bestimmten Familien nach Ungarn durchgeführt, die mit ihrem beweglichen Eigentum in Züge verladen wurden. In der Zwischenzeit wurde auch das Programm der „Restslowakei“ ins Leben gerufen, um „den im Laufe der Jahrhunderte magyarisierten Slowaken die Möglichkeit zu geben, den Busen ihrer Mutter Nation wiederzugewinnen“; In der Praxis gab es den Ungarn in Oberungarn die Möglichkeit, der Beschlagnahme ihres Eigentums und der Deportation zu entgehen, indem sie den Status eines Bürgers wiedererlangten. Von den 423.000 Ungarn, die im Rahmen dieses Programms eingeschüchert und bedroht wurden, einen Antrag stellten, erkannten die Behörden 327.000 als Slowaken an.

Während der Pariser Friedenskonferenz hätte die Tschechoslowakei, die die volle Unterstützung der Sowjetunion genoss, sogar die einseitige Abschiebung der zweihunderttausend Ungarn erhalten wollen, die nach der Restslowakei und dem Bevölkerungsaustausch noch auf ihrem Territorium anwesend waren, aber dieser Vorschlag traf zu mit einem amerikanischen Veto. Einige tausend Ungarn blieben einige Zeit in slowakischen Arbeitslagern interniert – tschechische Historiker bezifferten ihre Zahl auf 30.000 bis 40.000, während die sudetendeutschen Ligen von einer Viertelmillion sprechen.

Der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 folgte eine gewisse Lockerung. Nach dem Gesetz vom 25. Oktober 1948 wurde den ethnischen Ungarn, die sich bereit erklärten, dem Staat einen Treueid zu leisten, die Staatsbürgerschaft zurückgegeben. Die unter Zwang erhaltenen Restslowakisierungserklärungen wurden jedoch erst 1954 aufgehoben.

Nach dem Fall des Kommunismus fanden die Aufhebung der Beneš-Dekrete und die Rückgabe von beschlagnahmtem Eigentum weder Eingang auf die Tagesordnung der Tschechoslowakei noch der von 1993 getrennten tschechischen und slowakischen Staaten. Mit Beschluss vom 20. September 2007 Das slowakische Parlament stellte sogar fest, dass

„Eigentumsrechte und andere Rechte, die sich aus Dekreten ergeben, nicht in Frage gestellt werden können und nicht aufgehoben oder geändert werden können“.

In einem am 3. Dezember 2012 angenommenen Text erklärte das ungarische Parlament, dass es ein würdiges Gedenken an das Schicksal der aus der Tschechoslowakei vertriebenen und aufgrund der Beneš-Dekrete nach Ungarn deportierten Ungarn für notwendig hielt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR NEMZET](#) und in deutscher Übersetzung bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.*

**) Magyar Nemzet, gegründet 1938, ist Ungarns führende konservative Tageszeitung. Sie steht der Regierung von Viktor Orbán nahe.*

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

12) Meinungsfreiheit: Aufregung in Ungarn

Von Rainer Ackermann

09. 04. 2021



Ungarns Außenminister Péter Szijjártó - Fotoquelle: dailynewshungary.com

Der durch den Rauswurf von Torwarttrainer Zsolt Petry beim Bundesligisten Hertha BSC ausgelöste Schlagabtausch geht weiter. Der Staatssekretär des Außenministeriums, Levente Magyar, bestellte den Gesandten der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest zu sich ein. Das Gespräch drehte sich um den hohe Wellen schlagenden Fall der „Entlassung eines ungarischen Staatsbürgers durch seinen deutschen Arbeitgeber“. Die ungarische Regierung sei empört, dass in Deutschland jemand existenziell bedroht werde, der von seinem Recht der freien Meinungsäußerung im vorgegebenen gesetzlichen Rahmen Gebrauch macht. Deutschland und Ungarn hätten unmittelbare geschichtliche Erfahrungen mit dem zur Perfektion getriebenen Meinungsterror gemacht.

Maske geheuchelter Meinungsfreiheit fällt

Außenminister Péter Szijjártó echauffierte sich über die „Aufregung“ in Österreich, nachdem das ungarische staatliche Nachrichtenfernsehen M1 eine Journalistin aus Österreich „kritisierte“. „Langsam lassen sie die Maske der geheuchelten Medien- und Meinungsfreiheit fallen“, schrieb der Politiker auf Facebook. „Wenn ein Fußballer erklärt, die Familie ist eine Familie, dann darf er das, wenn aber einer Stellung zu Familie und Migration entgegen dem liberalen Mainstream bezieht, wird er gefeuert. Die liberale Journalistin darf seelenruhig Fake News über ein Land verbreiten, aber sobald sie von einem anderen Journalisten dafür kritisiert wird (der also auch nur seine Meinung wiedergibt), dann ist das ein Angriff auf die

Pressefreiheit.“ Szijjártó schließt seinen Beitrag mit dem Hinweis: „Tja, meine lieben Freunde, zwei Patzer binnen weniger Tage, einfach lächerlich...“

„Wir werden nicht aufhören“

Der ungarische Außenminister habe seine Position in dieser Weise gegenüber seinem österreichischen Amtskollegen kundgetan, hieß es weiter. Alexander Schallenberg reagierte derweil auf Twitter: „Kritische Fragen zu stellen ist Kernaufgabe von Medien.“ Er nahm die Journalistin Franziska Tschinderle vom Magazin „Profil“ in Schutz, die drei Fragen an EU-Abgeordnete des Fidesz gerichtet hatte. Sie wollte Informationen zu der neuen konservativen europäischen Parteienallianz erhalten, die Abgeordneten fühlten sich durch die Fragen jedoch provoziert und leiteten diese an die M1-Redaktion weiter. Wie diese mit der Journalistin in einem 3-minütigen Beitrag umspring, bezeichnete der Außenminister Österreichs als „unvertretbar“. Tschinderle selbst bekräftigte nach dem Vorfall ihre Überzeugung: „Hier geht es nicht um uns, sondern um die Kollegen in Ungarn, die Solidarität verdienen. Wir werden nicht aufhören, über den Niedergang der Demokratie in unserem Nachbarland zu berichten.“

BUDAPESTER ZEITUNG Dieser Beitrag erschien zuerst in der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

13) Freiheit, wie sie es meinen
Von Irén Rab

20. 04. 2021



Bildquelle: Ungamreal

Eines frühen Spätwintermorgens **ging der Dichter zur Arbeit**. Er hüllte sich bibbernd in seinen Mantel ein und an der Bushaltestelle blies ihm der eisige Wind ins Gesicht. Der Bus war voll, die Passagiere starrten sich mit grauen, müden Gesichtern an. Dieser weitere Tag eines monotonen Lebens barg überhaupt keine neue Chance in sich, er war bloß die Fortsetzung der Hoffnungslosigkeit. Die vorbeiziehenden schäbigen Wände der Häuser waren mit Plakaten übersät und ihre Botschaft brannte in des Dichters Bewusstsein. Die Stadt war von Lügen und Hetze bedeckt, die ihn an die furchtbarsten Perioden des 20. Jahrhunderts erinnerten. Wenn Sie hier aufgewachsen sind, haben Sie keine Wahl, denn das ist Teil des Stadtbildes, **das ist Budapest**. Der Dichter selbst konnte nicht viel von den schrecklichen Zeiten des 20. Jahrhunderts erlebt haben. Er wurde 1969 geboren, sein Lebensweg war bis jetzt aalglatt, nicht mit unebenen Steinen gepflastert.

Nach seinem Abitur ging er an die Universität, er konnte studieren, was er wollte, dann kamen viele Stipendien, von Soros bis zum Bolyai, PhD und Habilitation, und dann die Professur. Er eilt jetzt dorthin, zur Universität, durch diese schrecklich unterdrückte Stadt, die unter der Orbán-Diktatur ächzt. Irgendwie muss man ja überleben, bis all dies verschwindet, bis die neue Freiheit, die man sich vorstellt, endlich ankommt und natürlich muss man auch die resignierte, ihrer Hoffnung beraubte Menge vertreten, auch ihretwegen kann man sich dieser Welt nicht unterwerfen.

Als Lehrer vertritt der Dichter auch seine Studierenden, vertraut ihnen, offenbart seine Zweifel, Gedanken und Erfahrungen im Unterricht. Allerdings ist **seine Sicherheit an der Universität Budapest bedroht**, da er nicht wissen kann, ob ein Informant unter den

Studenten sei, wie viele Menschen der von den Dienern der Diktatur angekündigten **#MeToo Kampagne** auf den Leim gegangen sind.

Es geht dabei nicht um sexuelle Belästigung, sondern um **universitäres Mobbing**, wenn „*dein Professor mit seinen politischen Ansichten Gewalt über dich ausübt*“. Als ich auf der Uni war, noch im verdammten Sozialismus, gab es kein #MeToo, die meisten von uns waren froh, dass wir überhaupt hinkamen und lernen durften! Aber ich erinnere mich, dass es damals sehr wohl geheime Petzer gab und

der Professor sofort zum Untersuchungsausschuss der Parteigenossen gezerrt wurde, wenn er nicht der Linie der Partei gefolgt ist oder es gewagt hätte, das System zu kritisieren.

Die Folgen für ihn hingen davon ab, ob er in der Lage war, ausreichende Selbstkritik zu üben.

Unser **Dichter-Professor schrieb einen Meinungsartikel für die Frankfurter Allgemeine Zeitung**. Im literaturähnlichen Stil artikulierte er zunächst wirkungsvoll seine eigenen Ängste, dann wechselte er dazu über, wie diese **ziselierte Angst in Ungarn in die Welt von Bildung, Wissenschaft und Kultur hineinsickert**. Die herrschende Macht behandle diese Werkstätte – der Geist – als das letzte Schlupfloch der politisch schwach gewordenen Linken ohne moralische Glaubwürdigkeit. Nach ihrer Auffassung würden in den Sälen nicht **Universitätsprofessoren**, sondern linke Provokateure, Agitatoren, Aktivisten wirken, die **sich überhaupt nicht um die wissenschaftliche Wahrheit kümmern**.

All diese Erfahrungen müssen natürlich mit deutschen Lesern unbedingt geteilt werden, auch sie müssen ja wissen, was in Ungarn geschieht, sie müssen die Natur von Viktor Orbáns Machtausübung kennen, wie er als Cipolla in Thomas Manns Novelle die existierende Realität verändere!

In Ungarn habe sich die Interpretation von Freiheit und Souveränität geändert, ersetzt durch freien Raub und Populismus. Diejenigen, **die hier ihre Stimme gegen das System erheben, können damit rechnen, dass ihre Existenz in dieser Welt eliminiert werde und sie selbst verrotten würden**. Unser Dichter ist auch beleidigt darüber, dass Orbán sogar die vielfältige ungarische Sprache gestohlen und entleert und die Begriffe durch zynische, eindimensionale Idiome ersetzt habe. Die Orbán-Sprache sei ohne Humor und voller Gegensätze.

In diesem Meinungsartikel der F.A.Z. vor zwei Jahren zog der Dichter-Autor einen riesengroßen Bogen vom Einzigartigen zum Allgemeinen, von Budapest nach Brüssel. „*Als die Statuten der Gemeinschaft einmal aufgestellt wurden, glaubte niemand, dass eines Tages ein totalitäres Regime in Europa erscheinen würde.*“

Unser Dichter hat die Pflicht, die Führer der Europäischen Union aufzuklären, sie aufzufordern, den ungarischen Ministerpräsidenten in demokratischen Grundwerten aufzuklären und diese auch „ohne Pardon“ durchzusetzen.

Das Geld der westeuropäischen Steuerzahler muss ja wirksam davor geschützt werden, von der für Osteuropa so sehr typischen Korruption absorbiert zu werden!

Am Ende des Artikels finden wir uns im Vorlesungssaal wieder, der lang gereiste Gedanke ist gereift, unser Dichter weiß bereits, was zu tun ist. „Wir sind hier, stehen voreinander, das

ist unsere Geschichte, und **wir müssen uns die Sprache zurückholen, um erzählen zu können, was um uns vor sich geht.**”

Ich habe dieses clever-bösartige Stück vor genau zwei Jahren, im März 2019, gelesen, und ich schiebe es seitdem vor mir hin, weil ich darauf reagieren muss. Zu Hause gab es keine Resonanz, bei den deutschen Lesern auch nicht viel.

„Freiheit, wie wir sie meinen“, war der Titel des Werkes, und ich speicherte es in meinem Ordner namens “Verräter” ab. Masochistisch, wie ich bin, sind hier die in der deutschen Presse veröffentlichten Schriften, in denen meine Landsleute uns diskreditieren, unser gemeinsames Land verraten, aufgehoben. Verraten aus falsch interpretierter Oppositionshaltung, persönlichem Beleidigtsein, hasserfüllter Erregung.

Mit einem konservativen Ansatz ist es äußerst schwierig, in **die westlichen Medien** zu gelangen, aber sie **empfangen die sogenannten Progressiven, welche die ungarische Regierung, die nationale Politik kritisieren mit offenen Armen.** Diejenigen, die jederzeit bereit sind, mit falsch interpretierter Oppositionshaltung ein bisschen zu denunzieren, sei es über die Reformen des Bildungswesens, der Hochschulbildung, des Theaters oder des Gesundheitswesens (das sind übrigens alles innere Angelegenheiten eines Staates), wichtig ist dabei, mit jedem Umweg einmal **zum Rechtsstaatlichkeitsmantra zu gelangen.**

Auf dieses heiße Eisen wird so lange eingepregelt, als Ungarn eine nationalkonservative Regierung hat.

Ich erinnere mich noch gut an die acht Jahre linker Regierungen in Ungarn: Damals gab es keine Probleme in der Westpresse, weil sie die liberalen europäischen Taschen mit dem ausverkauften nationalen Vermögen vollgestopft hatten.

Ich weiß nicht, **wie sich Gábor Schein gefühlt hat – denn er ist der Autor des hier beschriebenen Artikels** –, als er seine Kunden mit dem für ihn charakteristischen hohen Standard bediente? Hatte er das Gefühl, dass dies eigentlich eine moralisch vertretbare Tat gewesen sein soll? Schließlich tat er nichts anderes, als das, worüber er geschrieben hat, wohl von der anderen Seite: **Er lieferte den Verrat auf Bestellung, über die Grenze.** Das ist das politische #MeToo. Belohnt wurde er mit seinem Roman, der 2019 auf der Frankfurter Buchmesse auf Deutsch erschienen ist. Ein weiteres Buch von ihm ist vor kurzem hier in Ungarn erschienen und seine Gedichte werden in Budapest und Berlin von den antifaschistischen Demokraten zitiert.

Während der Orbán-Diktatur veröffentlichte er fünf Prosa- und zwei Gedichtsbände, die mit verschiedenen Autorenpreisen ausgezeichnet wurden. Er unterrichtet immer noch in Vollzeit moderne ungarische Literatur an der Eötvös Lorand Universität. Er kann weiterhin seine unmaskierten Gedanken und Zweifel mit den Studenten teilen, und niemand wird ihn dafür jemals belangen. Es gab in Ungarn auch keine Retorsionen für seinen den ungarischen Ministerpräsidenten und die ungarische Politik verunglimpfenden und Ungarn diskreditierenden Artikel.

Warum auch? **In Ungarn steht es jedem frei, seine Meinung zu äußern, die Regierung oder die Opposition zu diffamieren, und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind durch kein Gesetz geschützt. Aufgrund seiner politischen und privaten Meinung**

wird niemand entlassen. Es gibt keinen Diversity-Codex, der vorschreibt, wie wir unsere Meinung äußern dürfen. **Es gibt nur einen ungeschriebenen Ehrenkodex**, und jeder interpretiert ihn auf seine Weise. Er hatte das Recht dazu, aber man sollte wissen, dass jeder mit seiner Meinung vor allem sich selbst charakterisiert.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Die Autorin, Dr. phil Irén Rab ist Kulturhistorikerin.

Übersetzung von Dr. med. dent. Andrea Martin.

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

14) Rumänien zahlt Entschädigung für Hinterbliebene von Verfolgungsopfern

Lm. Dr. Frey übersandte uns einen [Bericht der „Hermannstädter Zeitung“](#), wo die Rede von Entschädigungszahlungen für Hinterbliebene von Verfolgungsopfern ist – beispielgebend...

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 48, 2021

Wien/München, am 20. April 2021

Seite 3

Entschädigung für Hinterbliebene von Verfolgungsopfern

Gesetzeslage (Stand Februar 2021)

Das Dekret-Gesetz 118/1990 <http://legislatie.just.ro/Public/DetaliuDocument/60114> wurde im Jahr 2020 erweitert durch Gesetz 130/2020 <http://legislatie.just.ro/Public/DetaliuDocument/Afis/227836> (im Amtsblatt Nr. 623/15.07.2020 veröffentlicht) und danach durch Gesetz 232/2020 <http://legislatie.just.ro/Public/DetaliuDocument/Afis/232660> (im Amtsblatt Nr. 1036/5.11.2020 veröffentlicht). Durch diese Gesetze hat Rumänien die monatlichen Entschädigungszahlungen auf die Hinterbliebenen (Witwen/Witwer und Kinder) von Deportierten, Zwangsrekrutierten und anderen Opfern des Kommunismus ausgeweitet.

Anspruchsberechtigte

Gesetz 232/2020 <http://legislatie.just.ro/Public/DetaliuDocument/Afis/232660> betrachtet folgende Personen als anspruchsberechtigt und enthält u.a. folgende Änderungen zu den Leistungsregelungen:

- Art. 5, Abs. 1 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:
Die Ehegatten von verstorbenen Verfolgungsopfern, die nach dem Ableben der Verfolgten nicht erneut geheiratet haben, haben Anspruch auf eine monatliche Entschädigungszahlung von 700 Lei.
- Art. 5, Abs. 5 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:
Die Kinder von Verfolgten haben Anspruch auf eine monatliche Entschädigungszahlung von 500 Lei.
- Leistungsberechtigt sind auch Kinder jener Verfolgten, die keine Leistungen nach dem Dekret bezogen haben, obwohl sie das Recht dazu gehabt hätten.
- Art. 5, Abs. 6 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:
Kinder, die zum Zeitpunkt der Verfolgung eines Elternteils minderjährig waren, als auch Kinder, die während der Verschleppung geboren wurden, haben Anspruch auf eine Leistung in gleicher Höhe wie der verschleppte Elternteil, berechnet nach den Vorschriften zum Zeitpunkt der Antragstellung durch das Kind.
- Art. 5, Abs. 7 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:
Kinder, die erst nach der Beendigung der Verfolgung eines Elternteils geboren wurden, haben Anspruch auf 50 % der Leistung für den verschleppten Elternteil, berechnet nach den Vorschriften zum Zeitpunkt der Antragstellung durch das Kind.
- Art. 5, Abs. 8 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:
Kinder, die sowohl selbst betroffen waren (z.B. deportiert wurden oder während der Maßnahme geboren wurden), als auch unter Art. 5 Absätze 5-7 fallen (also Ansprüche nach einem verstorbenen Elternteil haben), erhalten nur eine von mehreren möglichen Entschädigungen, und zwar die höhere.
- Art. 5, Abs. 9 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:
Kinder, deren beide Eltern Opfer einer Verfolgungsmaßnahme waren, erhalten nur eine Entschädigungsleistung und zwar die höhere.

die höhere.

- Art. 7 wird folgendermaßen verändert:

Entschädigungsleistungen nach diesem Gesetz werden bei Prüfung der Einkommensgrenzen für Zahlungen von Wohngeld, Stipendien für Schüler und Studenten oder Sozialhilfen nicht angerechnet und werden bei keiner anderen Leistung oder von keinen anderen Renten abgezogen. Die Leistungen sind steuerfrei.

Antragsverfahren

Das Antragsverfahren verläuft bei zwei Behörden: AJPIS (Agenția Județeană pentru Plăți și Inspecție Socială) und beim Kreisrentenamt CJP (Casa Județeană de Pensii).

Zuerst ist ein formeller Antrag an die AJPIS (Agenția Județeană pentru Plăți și Inspecție Socială) erforderlich. <http://bucuresti.mmanpis.ro/procedura-dl-118-1990/>

Die Anträge an die AJPIS können persönlich oder durch einen Bevollmächtigten bei der AJPIS in dem Landkreis, in dem der Antragsteller seinen Wohnsitz hat, eingereicht werden. Die Anträge können auch mit der Post (Vorsicht: keine Originaldokumente schicken) oder per E-Mail an die E-Mail-Adresse der jeweiligen territorialen Agenturen geschickt werden. <http://bucuresti.mmanpis.ro/despre-apismb/alte-agentii-teritoriale/>

Für die Unterlagen, die als Kopie versandt werden, müssen im Nachhinein die Originaldokumente vorgelegt oder eine beglaubigte Kopie eingereicht werden.

Diese Informationen in deutscher und rumänischer Sprache sind auch auf der Webseite des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien zu finden unter www.fdgr.ro